

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drog II, Telkova 15 • Tel. 203, 31409, Nachredl. (ab 21 Uhr): 33555 • Postk. 57544

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Post)

12. Jahrgang.

Dienstag, 24. Mai 1932

Nr. 122.

„Seid wachsam, seid bereit!“ Die deutsche Sozialdemokratie zum äußersten entschlossen.

Der Berliner „Vorwärts“, das Zentralorgan unserer reichsdeutschen Genossen, bespricht in seiner letzten Sonntagsausgabe an leitender Stelle die Lage in Preußen und im Reich und schreibt dann:

Die Bildung einer Reichsregierung in Preußen steht noch im weiten Felde. Was die dabei bevorsteht, ist bestenfalls eine mit Mühe aufrechterhaltene provisorische Ordnung. Darin — man braucht noch nicht an den viel besprochenen Reichsminister zu denken — ist eine für auf dem Boden der Verfassung liegende Notstands-gewalt notwendiger denn je.

Kommt aber der Tag, an dem sichtbar wird, daß es eine solche Notstandsgewalt nicht mehr gibt, dann gibt es nur noch eines:

Den Zusammenschluß der Arbeitermassen zu einem letzten Abwehrkampf unter den Fahnen der Demokratie und des Sozialismus.

Dann ist es noch die Eisenerzfront als Kern des Widerstandes und Wiederaufbaues. Dann gibt es noch den gemeinsamen Aufmarsch aller Zweige der Arbeiterbewegung im Zeichen der sozialistischen Aktion!

Nicht kann jeder Tag neue Situationen, neue Aufgaben, neue Kämpfe bringen. Seid wachsam! Seid bereit!“

Nicht sofort — aber doch?!

Eidenburg, 22. Mai. Die Nationalsozialisten veranstalteten heute auf dem Reunplatz in Eidenburg eine große Kundgebung, bei der nach Angabe der nationalsozialistischen Führer 35.000 Personen erschienen sein sollen. Gregor Strasser erklärte u. a., die Nationalsozialisten beanspruchten das Recht auf Führung, weil sie zum erstenmal seit zwölf Jahren kraftvolle Energien und neue Ideen herauskristallisiert hätten.

Adolf Hitler führte u. a. aus: Die Nationalsozialisten kämpfen nicht um einzelne Mandate und um Ministerposten und daher komme es auch, daß ihre Gegner nicht verstehen, wenn sie nach siegreicher Schlacht nicht sofort vom Glück beselzt in eine Koalition hineinstürzen und etwa glücklich seien, ein paar Ministerposten zu begeben. Sie hätten den Kampf aufgenommen, um Deutschland und zwar Reich, Länder und Kommunen zu erobern.

Christlichsozialer Burgenland-Führer erschossen.

Eisenstadt, 23. Mai. (NR.) Der gewesene Landeshauptmann des Burgenlandes Schreiner, gegenwärtig Obmann der christlichsozialen Parteileitung des Burgenlandes und burgenländischer Abgeordneter, ist heute früh im Verlaufe eines Wortwechsels dem Bruder eines entlassenen Siegesleiters namens Zellner in der Schreinerischen Kneipe in Walbersdorf erschossen worden. Der Täter hat sich selbst gestellt.

Arbeiterklasse fordert Abrüstung.

Abrüstungskonferenz der Internationale Das Proletariat muß sich selbst helfen.

Zürich, 23. Mai. (Eigenbericht.) Sonntag und Montag hat in Zürich die gemeinsame Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattgefunden. Es nahmen 68 Vertreter der Gewerkschaften und 76 Vertreter der sozialistischen Parteien aus 22 Ländern teil. Ferner waren zwölf internationale Berufssekretariate und die Sozialistische Jugendinternationale vertreten. Die vertretenen Organisationen umfassen rund vierzehn Millionen gewerkschaftlich und sieben Millionen politisch organisierter Arbeiter.

Am Sonntag erstattete de Broderick, Belgien, das Hauptreferat über die Probleme der Abrüstungskonferenz. Er sprach sich für die Abschaffung der Angriffswaffen aus, die durch eine Beschränkung der Rüstungsausgaben ergänzt werden müßte. Den französischen Vorschlag einer internationalen Armee des Völkerbundes lehnte er aus politischen und technischen Gründen energisch ab. Unter starkem Beifall hob er den Widerspruch hervor zwischen den heuchlerischen Friedensreden der faschistischen Regierungsdelegationen und den Reden, die Mussolini und der italienische Justizminister zu Hause hielten.

Jouhaug referierte über die Abschaffung der privaten Rüstungsindustrie und die Regelung des internationalen Waffenhandels. Beide Forderungen müßten im Kampf gegen das Rüstungs-kapital und die von ihm beherrschte Presse von der Arbeiterklasse erkämpft werden.

Vanderpelde berichtete über die allgemeine politische Lage. Er schloß mit der Erklärung, daß angesichts der Unfähigkeit der Regierungen der Ausgang der Abrüstungskonferenz mit den größten Zweifeln behaftet werden müsse. Die Welt sei von einer Katastrophe bedroht, welche die Arbeiterklasse vor geschichtlich entscheidende Kämpfe stellen wird.

Die Aussprache wurde von Breitscheid, Deutschland, eröffnet. Er forderte das Recht auf Gleichheit in den Rüstungen, aber die deutsche Arbeiterklasse wolle diese Gleichheit nicht verwirklichen durch eine Wiederaufrüstung Deutschlands, sondern durch die Abrüstung der Siegerstaaten.

Renzi, Italien, stellte sich ebenfalls gegen die heuchlerischen Friedensreden der italienischen

Delegierten auf der Genfer Abrüstungskonferenz. Abramowitsch, Rußland, hob die Kriegsgefahr im Fernen Osten hervor. Atlee, der der zweiten Arbeiterregierung Englands angehörte, erklärte die Zustimmung der britischen Delegation zu den vorgeschlagenen Entschlüssen. Renaudel, Frankreich, erklärte, die sozialistische Partei Frankreichs werde auf ihrem Parteitag die politischen Probleme, die der Ausgang der französischen Wahlen aufgeworfen hat, lösen im Geiste wahrer Internationalität, um die Demokratie in Europa zu verteidigen. Barbara Gould, England und Louis Sender, Deutschland, sprachen im Namen des Internationalen Frauenkomitees.

In seinem Schlusswort dankte de Broderick im Namen der ganzen Konferenz Arthur Henderson, dem Vorsitzenden der Genfer Abrüstungskonferenz, für die Hingabe, mit der er selbst in den schwierigsten Situationen das Mögliche zu erreichen sucht.

Die Konferenz nahm einstimmig vier Entschlüssen an. Diese behandeln die technischen Probleme der Abrüstung, die private Waffenerzeugung und die Regelung des internationalen Waffenhandels, die Bedeutung der Demokratie im Kampfe um die Abrüstung und die gegenwärtige weltpolitische Lage. Die letzte Entscheidung endet mit den Worten:

„Wenn die Herrscher der kapitalistischen Welt sich als unfähig erweisen, die politischen Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die Krise überwunden und die Katastrophe, die die Welt bedroht, abgewendet werden kann, wird das Proletariat allein die Aufgabe übernehmen müssen, diese Voraussetzungen zu schaffen. Die Konferenz teilt die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse in der ganzen Welt auf den Ernst der gegenwärtigen Lage und fordert sie auf, sich zum Kampfe bereitzustellen.“

Demission des Kabinetts Benizelos.

Baugalos möchte alle korrupten Minister an den Galgen bringen.

Athen, 22. Mai. In seiner Kammerrede, in der er die Demission des Kabinetts beantragte, führte Benizelos aus, er habe es für ganz unmöglich, das Land zu regieren, ohne gewisse Artikel der Verfassung nach dem Muster des Artikels 48 der deutschen Verfassung von Weimar zu ändern, die, obwohl sie die republikanischste von allen ist, die Aufhebung gewisser Rechte und Freiheiten gestatte, wenn das Land in Gefahr sei.

Zu der griechischen Regierungskrise meldet der „Temp“, Benizelos habe sich hauptsächlich darüber beklagt, daß sich die Führer der politischen Parteien, statt die Regierung in der jetzigen äußerst schwierigen Situation Griechenlands zu unterstützen, gegen die Regierung gestellt und die Öffentlichkeit gegen sie aufgereizt hätten. Benizelos verlangte die Bildung eines großen Koalitionskabinetts. Dem Athener Berichterstatter der „Liberté“ zufolge wird voraussichtlich eine provisorische Regierung Papanaftajin gebildet werden.

Als interessantes Detail führt der Berichterstatter an, daß der ehemalige Diktator General Baugalos, der wie bekannt vor Gericht gestanden hatte, in seinem Blatt verlangt, daß Benizelos wegen Hochverrates vor Gericht gestellt werde und sämtliche Mitglieder des letzten Kabinetts gehängt werden, denen Korruption nachgewiesen wird.

Griechenland stellt Zahlungen ein!

Athen, 23. Mai. Die Regierung teilte amtlich mit, daß sie mit Rücksicht auf die gegebene Lage vorläufig die Auszahlung des Auslandsdienstes der griechischen Auslandsanleihen einstelle.

Chinakonferenz

mit USA auf Einladung Japans.

Baltimore, 23. Mai. Laut „Baltimore Sun“ habe Japan die Vereinigten Staaten ersucht, an einer Chinakonferenz teilzunehmen.

Oesterreich wieder unter dem Hahnenschwanz

Oesterreich steht unmittelbar vor der Bankrotterklärung. Sein Ruf an den Völkerbund ist von den Großmächten mit unfähigen Aufforderungen zum Zahlen beantwortet worden. Frankreich vor allem wird die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, die Oesterreicher für ihre unfreundliche Haltung gegenüber dem Donauplan des Herrn Tardieu ein wenig zu treten. So deutlich sich in dieser Situation die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen mitteleuropäischen Ordnung zeigt und so sehr man Oesterreich eine Erlösung aus dem Chaos wünscht, in das es zunächst durch den Vertrag von St. Germain und seither durch die einander widersprechenden Interessen der Großmächte gestürzt wurde, so offen muß doch bei diesem Anlaß wiederum festgestellt werden, daß die österreichische Bourgeoisie es ist, die durch ihre völlige staatsmännische Unfähigkeit, durch die hemmungslose Unterordnung aller Staats- und Volksinteressen unter die Partei- und Klüngelpolitik die Katastrophe erst ermöglicht hat.

Gerade im gegenwärtigen kritischen Augenblick zeigt sich so, von wem verantwortlich die Elemente Oesterreich zugrunde-regiert wird. Die Christlichsozialen, die ihre schwere Wahlniederlage vom 21. April, die Quittung der Wähler für den jahrelangen Weimwehrtums Seibels, mit einer neuen Rechtsäußerung beantwortet haben, wissen nichts Besseres zu tun, als in dem Kabinett Dollfuß-Kintelen eine Neuauflage des Weimwehrtabinetts von 1930 zu schaffen. In schwerster Stunde, da der Staat sich hilflos an seine Gläubiger wendet, setzt man einen Herrn Kintelen ins Kabinett, der nicht nur durch seine Korruptions-affären einen selbst für österreichische Verhältnisse schon sehr schlechten Namen hat, sondern auch wegen seiner Padesien mit der ungarischen Konterrevolution in Prag und Paris schlecht angefahren ist. Man vertraut die Führung des Handelsministeriums einer Kuff an, man beruft wieder wie vor anderthalb Jahren einen Hahnenschwanz ins Kabinett und liefert das Sicherheitswejen einem Beamten aus, der als der Vertrauensmann der Weimwehren gilt.

Die Folgen der verhängnisvollen Kurswechsels der österreichischen Politik von einem noch gemäßigten zu einem radikalen Rechtskurs werden schon in den Meldungen vom Sonntag erkennbar. Während der able Kintelen in letzter Minute ins Ministerium Dollfuß gehoben wurde, ist der verhältnismäßig ruhige und immerhin demokratisch gesinnte Führer der Wiener Christlichsozialen, Kuff, der letzte aus der alten Weimwehrgarde, zurückgetreten, um einem Kandidaten des rechten Flügels Platz zu machen. Daß wieder der Weimwehrtwind weht, wird aber am besten aus der Meldung von neuen kriegerischen Aufmärschen und uniformierten Ausrückungen der Weimwehr ersichtlich. In der Presse verlautet bereits, daß die neue Regierung das noch bestehende Aufmarschverbot aufheben wolle. Dieses Verbot wurde seinerzeit erlassen, um den Fremdenverkehr, der eine der wesentlichsten Einnahmsquellen Oesterreichs ist, nicht zu stark unter den allsonntäglichen Bräugleien und Schieberien leiden zu lassen. Der neuen Regierung aber scheint nur eines am Herzen zu liegen, die Aufspürung des bankrotten Weimwehrtums. Wahrscheinlich wird, wie die letzten Wahlen zeigten, der Rückwärtiger Entwicklung der Nationalsozialismus sein; noch bevor sich die Forderung des Faschismus auswirken wird, dürfte Oesterreich aber durch die Unfähigkeit seiner Machthaber eine finanzielle und außenpolitische Katastrophe erleiden.



Die griechische Hauptstadt Athen. — Rechts oben: Benizelos.

Der österreichischen Arbeiterbewegung erwacht durch die bornierte Politik der Bourgeoisie zwar die Aussicht, auch den neuen Bürger- und Heimatblock niederzurufen, ehe er der Demokratie ernstlichen Schaden zufügt, aber auf der anderen Seite entsteht die Gefahr neuer blutiger Kämpfe.

Auf jeden Fall müssen wir mit einer Zuspitzung der politischen Gegensätze in Österreich, mit der Möglichkeit einer faschistischen Offensive an unserer Südgrenze rechnen. Die Partei wird ihren ganzen Einfluss aufbieten, auch unserer Außenpolitik die Richtung zu geben, die sie im Interesse der Ruhe Mitteleuropas und der Erhaltung der Demokratie nehmen muß. Wie immer, wenn sie schweren Kämpfen entgegengeht, kann die österreichische Arbeiterklasse sicher sein, uns an ihrer Seite zu finden.

Terror der Alpine.

Zertrümmerung der Kollektivverträge. Lohn- und Urlaubsraub. — 7000 Bergarbeiter entlassen.

Die Alpine Montangesellschaft und mit ihr alle übrigen Bergwerksbesitzer haben mit 21. Mai die gesamten Verträge gekündigt. Der Kündigungsfrist läuft am 3. Juni ab. Diese ungeheuerliche Maßnahme ist auf das planmäßige Bestreben zurückzuführen, mit einem Schlag einen Teil der sozialen Lasten von den Unternehmern abzuwälzen, den Kollektivvertrag zu zertrümmern, einen Lohnabbau durchzuführen und den Arbeitern den Urlaub zu rauben.

Die Alpine erklärt, keinen Kollektivvertrag mehr abzuschließen zu wollen und Kernaufnahmen nur auf Grund von Einzelverträgen vorzunehmen.

Die Unternehmer konnten diesen unerhörten Terrorakt nur darum wagen, weil es ihnen gelungen war, mit Hilfe der Gelder die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter zu zerschlagen. Jetzt, nachdem die Gelder ihre Aufgabe erfüllt haben, werden sie genau so behandelt wie die anderen.

Von der Kündigung sind 7000 Bergarbeiter betroffen. Die Folgen dieses Terroraktes für die österreichische Wirtschaft sind heute noch nicht abzusehen, sicher ist aber, daß auch die Arbeiterchaft der anderen Industrien mit einem Generalangriff der Unternehmer wird rechnen müssen.

Wien, 23. Mai. In Leoben fand gestern eine Versammlung des österreichischen Bergarbeiterverbandes statt, in welcher über die Kündigung von etwa 7000 Bergarbeitern seitens der Alpine Montangesellschaft beraten wurde. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der festgelegt wird, daß die Alpine Montangesellschaft die Bergarbeiter kündigte, um eine Herabsetzung ihrer Löhne um etwa 5 Prozent durchzuführen zu können und dadurch die Deckung der erhöhten Kosten für die Sozialversicherung der Bergarbeiter zu erlangen. Diese Deckung aber habe sich die Gesellschaft vorher durch Erhöhung der Kohlenpreise verschafft. Die Bergarbeiter werden daher aufgefordert, dem Druck der Gesellschaft nicht nachzugeben und auf eine Herabsetzung der Löhne und auch auf die Regelung ihrer Verhältnisse durch Individualverträge an Stelle des bisherigen Kollektivvertrages nicht einzugehen. Der Bergarbeiterverband beschloß, gegen diese Bestrebungen der Gesellschaft mit allen gewerkschaftlichen Mitteln aufzutreten.

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

Max steht am Fenster, als ich einträte. Er schreit zusammen.

„Erst jetzt kommt mir zum Bewußtsein, wie ich er in letzter Zeit ist.“

Martha kommt gern zu spät. Auch Walter ist noch nicht da.

„Holen Sie mir mal meine Kaffette.“

Er bringt die Kaffette und blickt nicht auf.

„Bringen Sie dies Geld runter zu Frau Schmidt.“

Er wird weiß wie Papier, sagt nichts und geht.

Unterdessen kommen Martha und Walter.

Max kommt hinterdrein geschlichen.

Es wird angebracht sein, ihn aus Marthas Beobachtungsbereich zu entfernen. Ich rufe ihn an meinen Schreibtisch. Er soll einen Satz Photos auf seine Volljährigkeit hin prüfen.

Ich sehe verstockt seinen Händen zu.

„Sie wissen nicht, was sie sollen. Hiermal zählt er die Bilder und kommt nicht zu Ende.“

Als Lichte auf der Treppe zu hören ist, schließt er wie betäubt die Augen. Es sieht aus, als wolle er umfallen.

„Sehen Sie sich hin, Max“, sage ich so streng ich kann.

Er reißt gewaltig die Augen auf. Sie sind wie ein Schrei um Erbarmen.

Aber ich darf ihm die Angst noch nicht nehmen. Die Lehre muß nachhaltig sein.

Wie ich in Lichtes Zimmer verschwinde, die Geschäftsvorgänge des vorhergehenden Tages zu besprechen, fühle ich den tosenden Blick des Anablen im Rücken. Ich weiß, daß er fest mit seinem ganzen Körper, seiner ganzen Seele, seiner ganzen irrsinnigen Angst und Verzweiflung

Der Verbandstag der deutschen Selbstverwaltungskörper.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Samstagigen Verhandlungen auf dem Verbandstag der deutschen Selbstverwaltungskörper fanden im Zeichen der beiden Referate über die Finanznot der Gemeinden. Als erster Redner trat Herr Dr. Viktor Frank ein, ein ausgezeichneter, juristisch durchgeprägter, mit reichen Ziffern ausgeschalteter Referat. Unter anderem führte er aus:

Die Entwicklung des bisherigen Gemeindefinanzwesens.

Heute ist klar, daß die Reform der autonomen Gemeindefinanzien durch das Gesetz Zg. Nr. 77/1927, überreilt und auf unzulängliche Basis aufgebaut, gänzlich mißlungen. Das Ergebnis der Reform war eine heftige Erschütterung der Haushaltswirtschaft unserer Bezirke und Gemeinden. Schon nach drei Jahren mußte man die Reform reformieren. Aber auch die dritte Gemeindefinanznovelle Zg. Nr. 169/1930, die die wirtschaftliche Selbstbestimmung der Gemeinden wieder herstellen sollte, konnte eine Wiedergutmachung der angerichteten Schäden in der Finanzwirtschaft der Gemeinden nicht herbeiführen. Die inzwischen eingetretene Wirtschaftskrise brachte dieses Gesetz vollends um seine Auswirkung. Die Finanzlage der Gemeinden, die nun seit 1930 sich in Notstand befinden, wird sich noch weiter verschlechtern, weil die Grundlagen, auf denen die Zuschläge aufgebaut sind, im stetigen Abstieg begriffen sind.

In den finanziellen Ungleichheiten des geltenden Gemeindefinanzgesetzes kommen noch technische Ungleichheiten. Die Gemeinden, die bei der Zusammenstellung des Voranschlags 1932 mit einem bestimmten Einnahmenbetrag aus Zuschlägen gerechnet haben, erfahren heute, daß infolge Abschreibungen Umlagenüberzahlungen entstanden sind, die in manchen Gemeinden in die Millionen gehen. Aus einer vom Verbands veranstalteten Rundfrage ergibt sich, daß in 83 Mitgliedsgemeinden ein Betrag von 13,5 Millionen Kronen an Umlagen zurückgefordert werden soll, d. i. fast die Hälfte dessen, was alle selbständigen Gemeinden in Böhmen als Beitrag aus dem Landesfonds erhielten. Die Investitionstätigkeit der Gemeinden ist im Jahre 1932 überhaupt in Frage gestellt, nachdem die in Betracht kommenden Geldanstalten und die Zentralsozialversicherungsanstalt mangels finanzieller Mittel den Gemeinden den notwendigen Kredit nicht zur Verfügung stellen können. Alle Vorstellungen unserer Gemeinden und des Verbandes, daß die gegenwärtige Finanzlage der Selbstverwaltungskörper zu ihrem finanziellen Zusammenbruch führen muß, sind bisher ungehört geblieben. Der ohnehin schon seit Jahren mit Mühe im Gleichgewicht erhaltene Stand der Gemeindefinanzien erfordert, soll ein allgemeiner Zusammenbruch vermieden werden, rasche Maßnahmen der Regierung und des Parlaments.

Genosse Leopold Bözl

behandelte das Thema als zweiter Redner vom Standpunkt des in der Praxis tätigen Kommunalpolitikers. Seinen gründlich durchgearbeiteten Ausführungen entnehmen wir folgendes:

Die Finanzkrise der Selbstverwaltungskörper, die durch die Gesetze Nr. 76 und 77 aus dem Jahre 1927 aus dem latenten in einen akuten Zustand überführt wurden, hat durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise eine unmittelbare gefährdende Verschärfung erfahren. Aus dem Trümmerfeld, in das die Erschütterungen der Grundfesten der Weltwirtschaft die gesamte Industrie verwandelt, ist eine Armee von Arbeitslosen, Kurzarbeitern und Insolventen in Stadt und Land gestiegen, deren suchendes Elend die Regierungen aller Staaten

beschäftigt. Doch die Beseitigung der Auswirkungen der Krise ist nicht allein ein staatliches Problem, die Not starrt besonders in der harten Zeit des Winters durch die Straßen und die Hilferufe ertönen auch jetzt täglich in den Aemtern unserer Gemeinden, die helfen wollen, aber vielfach infolge eigener Not keine Hilfe bringen können. Doch die Lage der Gemeinden verschlechtert sich weiter und das Elend großer Teile der Bevölkerung wächst.

Die Gemeinden sind dem Anse nach öffentlicher Arbeitsbeschaffung voll nachgegeben. Es wurden für Notstandsarbeiten in den Jahren 1930/31 nicht weniger als 135,754.600 K. aufgebracht. Dabei dürfte eine große Zahl von Gemeinden den Bau von Kleinwohnungen nicht als Notstandsarbeiten angesehen haben. Von diesem Betrage entfallen auf Haus-, Neu- und Umbauten 61.049.200 K., auf Straßen-, Kanalbauarbeiten, Pflasterungen und sonstige Arbeiten 57.862.200 K., auf Aufregulierungen, Teicharbeiten usw. 1.883.500 K., auf Wasserleitungsarbeiten und sonstigen Arbeiten 1.483.300 K., auf Brückenbau und Reparaturen 584.300 K. Der Beitrag der Gemeinden zu diesen Arbeiten an Subventionen erhielten, macht 2.264.440 K. aus. Das sind nicht ganz 1,8 Prozent der von den Gemeinden ausgegebenen Beträge.

Die Gemeinden wollen auch im Jahre 1932 Notstandsarbeiten zur Unterstützung des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft durchführen. Leider ergeben sich bezüglich des Finanzierungsproblems oft unüberwindliche Schwierigkeiten. Nachrichten zufolge soll sich die Regierung mit Plänen beschäftigen, wie den Notstandsgemeinden die notwendigen Kreditsummen zur Verfügung gestellt werden können. Ob die Gesamtsituation der Staatsschulden und der allgemeinen Währungspolitik eine solche Forderung zuläßt, ist derzeit noch nicht zu erkennen. Es ist nur zu wünschen, daß die in den Jahren 1930/1931 von den Gemeinden bewiesene Aktivität, die heimische Produktion zu fördern, im Jahre 1932 nicht durch Passivität des Staates gehemmt und gestört wird.

Schlüssig ist aus einer Gegenüberstellung der Aufwendungen für die wichtigsten Zweige der Gemeindefinanzwirtschaft in den letzten Vorkriegsjahren und der Gegenwart ersichtlich, daß der Aufwand der Gemeinden für den Schuldendienst gegenüber den Vorkriegsjahren im Verhältnis zu dem Gesamterfordernis nicht gestiegen ist.

Im übrigen ist die Fortführung der Investitionstätigkeit der Gemeinden praktisch nur dann durchführbar, wenn die Geldwirtschaft der Selbstverwaltungskörper auf eine gesunde Grundlage gestellt wird und der Staat selbst von den großen Finanznöten befreit ist.

Zu dem gleichen Thema sprachen dann noch Linke-Mährten, Dr. Schöppe-Auffig u. a. Die zu den beiden Referaten vorgeschlagene und angenommene

Resolution

hat folgenden Wortlaut:

Die Hauptversammlung stellt fest, daß sich die Voraussetzungen des Verbandes über die Unhaltbarkeit der jetzigen Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper als richtig erwiesen haben. Die Gemeinden und Bezirke sind am Ende ihrer Kraft.

Durch eine unvermeidliche Geschehung in ihrer Entwicklung behindert, durch den Preis anstehenden übertragene Wirkungsbereich zu Durchführungsvorgängen der staatlichen Verwaltung herabgedrückt, von der allgemeinen Wirtschaftskrise und der besonders in den deutschen Gebieten der Republik herrschenden Arbeitslosigkeit aufs schwerste betroffen,

sind sie heute so weit, daß sie ordentliche Gebärungsabhängige durch Kredite bedecken, von dringenden notwendigen Anschaffungen und Einrichtungen absichern und das Entgelt für gelieferte Waren und Arbeitsleistungen schuldig bleiben müssen, ja, manche Selbstverwaltungskörper können nicht mehr den Schuldendienst für rechtskräftig ausgenommene Darlehensleistungen.

Die Hauptversammlung verzichtet darauf, die schon bis zum Ueberdruß vorgebrachten Mahnungen, Forderungen und Vorschläge noch einmal im einzelnen zu wiederholen. Sie verweist auf die Denkschrift, welche der Verband erst vor kurzer Zeit der Regierung vorgelegt hat und in welcher die dringenden erforderlichen Hilfsmassnahmen zusammengefaßt sind, welche den vor dem Bankrott stehenden Selbstverwaltungskörpern die Möglichkeit bieten sollen, ihre gesetzlich festgelegte und aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen so notwendige Tätigkeit fortzuführen. Kommen diese Maßnahmen nicht bald, so steht die Wirtschaft der Selbstverwaltungskörper vor dem unvermeidlichen Zusammenbruch und die Bewältigung vor unabsehbaren Erschütterungen, die letzten Endes mehr in Frage stellen werden als den Bestand einer freien Selbstverwaltung.

Dritter Verhandlungstag.

Böhmisch-Tepla, 22. Mai. Der dritte Verhandlungstag ließ eine gewisse Müdigkeit erkennen. Die Kommunisten führten zu Beginn ein kleines Theater auf. Es folgte dann das Referat des Herrn Bürgermeister Hartig aus Zug über „Hygiene und Gesundheitspflege in der Gemeinde“. Seine Ausführungen beschränkten sich darauf, eine Kritik an den geltenden Sanitätsgesetzen und deren Handhabung zu üben und gälten den Schwierigkeiten namentlich finanzieller Natur, die sich den gesundheitlichen Aufgaben der Gemeinden entgegenstellten. Ein grundlegendes und richtunggebendes Gedanke lag seinem Referate leider nicht zugrunde.

An der Debatte beteiligten sich zunächst Genosse Dr. Morgenstern, Mähr., Schauberg, der namentlich die absolute Ungleichheit der Schulgebäude in zahllosen Orten aufzeigte und auf die schäblichen gesundheitlichen Gefahren hinwies, die sich daraus für die Schuljugend ergeben. Es wäre notwendig, daß der Staat den Gemeinden Möglichkeiten gäbe, je nach dem gesundheitlichen Anfordernissen entsprechende Schulgebäude zu errichten. Weiter sprach Genosse Krefler, Bodenbach. Auch er beschäftigte sich mit den Zuständen an den deutschen Schulen, die dringend einer Abhilfe bedürfen. Er verlangte einen Ausbau der Säuglings- und Jugendfürsorge, betont die Notwendigkeit, den Kindern Licht, Luft und Sonne zu geben, forderi den Ausbau der schulärztlichen Fürsorge, wirksame Maßnahmen zur Tuberkulosebekämpfung und die Sicherstellung der Ernährung armer Schulkinder. Im weiteren sei die Beistellung von Spiel- und Sportplätzen durch die Gemeinden, eventuell im Wege der Enteignung, in die Wege zu leiten.

Auch die Kommunisten schickten eine Anzahl Redner in die Debatte, die es sich natürlich nicht verlagern konnten, durch Schimpfereien ihre „revolutionäre“ Einstellung zu offenbaren.

Es folgte dann die Erledigung einer Reihe von Anträgen, worauf die Neuwahl vorgenommen wurde. Die folgendes Ergebnis hatte:

Geschäftsführender Ausschuß:

Dr. Ernst Walther, Vorsitzender, Leopold Bözl, 1. Vorsitzender-Stellvertreter, Franz Peterle, 2. Vorsitzender-Stellvertreter, Adolf Hartig, Heinrich Berger, Dr. Rudolf Ritter, Richard Andraschke, Paul Franke, Josef Gotsch, Rudolf Mauer, Karl Kofka, Alois Kunz, Karl Büscher, Hieronymus Schloßnickel, Leo Schubert.

läuft auf das, was wir sprechen. Draußen rasst die Elektrische. Er wird nichts verstehen können. Ich komme an meinen Platz zurück und der Blick des Jungen stürzt mir begehrt entgegen.

„Ich sehe nicht auf, sehe nicht hin und arbeite.“

So oft ich aufstehe an diesem Morgen, so oft sieht mich ruft oder ich selbst zu ihm hinein muß, wird der hagere Knabenkörper von neuem Fieber der Angst geschüttelt.

In meiner Kasse fehlen die fünfundsiebzig Mark.

Es ist der Bestand für Portoauslagen, von Lichte erst gestern aufgefüllt. Es braucht nur telephonisch ein Film angefordert zu werden und Max ist verloren.

Ich werde selbst nervös, sobald das Telefon klingelt. Wir haben Programmwechseltag.

Gegen Mittag schreibe ich folgendes auf ein Blatt Papier: „Liebes Fräulein Brückner, in der mittleren Schublade meiner Kommode rechts unter der Wäsche liegt etwas Geld. Der Schlüssel liegt an dem bewachten Blase. Bitte, handigen Sie dem Boten fünfundsiebzig Mark aus.“

„Ich brauche das Geld dringend.“

„Die müssen zum Postschekamt“, sage ich zu Max, „und dann sprechen Sie bei meiner Wirtin vor und geben Sie ihr diesen Zettel.“

Mit niedergeschlagenen Augen jährt er mir nachher die fünfundsiebzig Mark in die Hand.

Sichie verflämmbel zum Essen. Die beiden Jungen sind mit dem Versand nach der Bahn.

„Ich bin mit Martha läbel allein.“

„Max sieht schlecht aus in letzter Zeit“, fange ich an und erkenne mit Schrecken, wie verhärtet sie selbst dreinschaut.

„Ja“, sagt sie. „Ich denke immer, der geht schon mit Mädchen.“

„Ach, Fräulein Brückner, manchmal ist's gar nicht mehr auszuhalten.“

Sie bricht in Tränen aus. Ich beschleige, über Max zu schweigen.

„Es ist was Schreckliches passiert bei uns zu Haus“, gesteht sie nach einer Weile.

„Mit Max?“

„Rein, mit Vater.“

Sie wölft sich energisch mit dem Handrücken die Augen, schließt und sammelt sich.

„Reinen Vater, den mühen Sie kennen, so solide wie der ist! Immer zu Haus, niemals befoffen, arbeiten, essen und schlafen. Weiter merken Sie nichts von dem.“

Und nun einen Abend, da kommt und kommt er nicht nach Haus. Die Mutter geht schon immer auf die Straße sehen und der Max muß aus dem Bett raus und ihn suchen.

Am 4 Uhr endlich kommt er an. Wir haben ihn bald nicht erkannt, so hat er ausgesehen, zerissen und dreckig und im Gesicht so gelb wie Leder.

„Vater“, schreit die Mutter, „was hast du gemacht?“

„Erst kann er gar nichts sagen. Er würgt bloß und die Augen sind ihm ganz wirr.“

„Die Tasche ist weg“, sagt er dann schließlich.

„Ja hat's solchen Durst und war ein Glas Bier trinken. Drei Kerle sahen noch mit mir am Tisch.“

„Ich weiß von nichts. Wie ich aufwache, liegt ich im Kinnstein und die Tasche ist weg.“

„Sie können sich gar nicht denken, Fräulein Brückner, wie uns das traf.“

Fünfzig Mark Wechselgeld und allerhand Fahrtscheine. Im ganzen für zweihundert Mark. Erst wollten sie ihn raus-schmeißen bei der Direktion. Ein Schaffner darf mit der Tasche nicht ausgehen. Aber weil er doch schon zwanzig Jahre dabei ist und immer ordentlich und ehrlich gewesen, da wollen sie ihn behalten, wenn er abbezahlt.“

„Kann denn Ihr ältester Bruder nichts geben?“

„Ach der! Die Mutter wird keine Kohlen kaufen. Das ist so das einzige, wo wir noch sparen können.“

Max und ich, wir haben sonst immer zwei Mark bekommen die Woche von unserem Geld. Jetzt kann uns die Mutter nicht einen Pfennig mehr lassen.“

„Ist das in diesen Tagen gewesen, Martha?“

„Rein“, weint sie, „vor vier, fünf Wochen.“

„Ich habe gewußt, daß Max noch kommen würde heute Abend. Er steht im Schatten meiner umschirmten Lampe und ruiniert seine Wäsche.“

„So“, sage ich, „nun legen Sie erst mal Ihre Mühe aus der Hand, und dann setzen Sie sich dort auf's Sofa.“

Ich will mal nachsehen, ob sich irgendwo noch ein paar Zigaretten auf-treiben lassen. Beim Rauchen erzählt sich's noch mal so gut.

„Vor allen Dingen aber, Max, wollen wir kein so verdorrtes Gesicht machen, denn es scheint ja noch alles ganz gut abgelaufen zu sein, oder nicht?“

„Ich kann's Ihnen nicht abzählen“, stammelt er, bläß vor Scham.

„Das weiß ich, Max. Sonst hätten Sie's doch längst der Frau Schmidt zurückgegeben.“

Ich kann mir schon denken, wie die Dummheit entstanden ist. Nun weinen Sie man nicht, Max.“

„Ich weiß, daß Sie kein Dieb sind. Sie wollten eine kleine Anleihe machen, und dann kam die Geschichte mit Vaters Tasche und sie saßen fest.“

„Was's nicht so?“

„Er nicht heftig.“

„Ich möchte weg von Lichte“, stößt er heraus.“

„Ich will ja versuchen, bei den Soldaten anzukommen. Da seh' ich nicht so viel.“

„Aber ich bin noch zu jung. Ein Jahr muß ich noch warten, sagt der Wachmeister in unserm Haus.“

„Na, leben Sie, das ist gar nicht mehr so lange. Ein Jahr hält man sich schon noch gerade, wenn man an heute morgen denkt.“

„Der war das gar nicht so schrecklich, als Sie jeden Augenblick dachten, ich würd' es ihm sagen?“

„Er schnupft auf. „Au Bode!“ und lacht verlegen unter Tränen wie ein fünfjähriger kleiner Bub.“

„Zuletzt hab' ich schon richtig gebel-t.“

„Lieber Gott, hat es immerzu in mir gesagt, die- ses eine Mal hilf mir noch raus.“

„Ich nehm' ja nie mehr was wieder.“

„Ich stell' in meinem ganzen Leben nichts mehr an.“

(Fortsetzung folgt.)

Gemeindewahlen vom Sonntag

Ergebnisse der Sozialdemokraten, Gewinne der Kommunisten und Nationalsozialisten.

Am vergangenen Sonntag fanden in einigen nordböhmischen Orten Gemeindewahlen statt, deren Ausgang für die Sozialdemokratie nicht befriedigend ist. Es zeigt sich, daß die Wirtschaftskrise jenen beiden Parteienpartei Wähler zutreibt, die in hemmungsloser Demagogie unter den politischen Ungelehrten werden. Nur in Karbisch konnten wir die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gegenüber 1928 vermehren.

Der politische Flugland, den die Wirtschaftskrise in den Nazis und den Bolschewiken weht, wird diese Parteien nicht dauernd härzen. Der betrügerischen Werbung der gegnerischen Parteien müssen wir unsere sachliche Aufklärungsarbeit entgegensetzen, die sich gründet auf eine entscheidende und folgerichtige sozialistische Politik unserer Partei. Kleine Wahlklappen dürfen uns nicht entmutigen, sondern müssen uns im Gegenteil zu neuer und verstärkter Arbeit anspornen!

(In den Klammern sind die Stimmen- und Mandatanzahlen aus dem Jahre 1928.)

- Sofan:** Deutsche Sozialdemokraten 84 Stimmen 9 Mandate (737 12), Kommunisten 84 St. 4 M. (170 3), Nationalsozialisten 323 St. 7 M. (264 4), Deutsche Wirtschaftspartei 256 St. 4 M. (567 9), Gewerbe- und Wirtschaftspartei 275 St. 4 M. (-), Tschechen 117 St. 2 M. (153 2).
- Karbisch:** Deutsche Sozialdemokraten 145 Stimmen 3 Mandate (287 3), Kommunisten 1287 St. 12 M. (918 9), Nationalsozialisten 427 St. 4 M. (573 5), Deutsche Nationalpartei 427 St. 4 M. (573 5), Christlichsozialistische 303 St. 3 M. (302 3), Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft 133 St. 1 M. (255 3), tschechische Sozialdemokraten 177 St. 1 M. (222 2), Deutsche Wahlgemeinschaft 273 St. 3 M. (228 9), Deutsche Wahlgruppe 225 St. 2 M. (-), Tschechen 266 St. 3 M. (251 3).
- Gotthowitz:** Deutsche Sozialdemokraten 126 Stimmen 5 Mandate (139 6), Kommunisten 52 St. 2 M. (-), Deutsche Wahlgemeinschaft 133 St. 5 M. (134 6).
- Brietzen:** Deutsche Sozialdemokraten 60 Stimmen 3 Mandate (106 4), Kommunisten 102 St. 3 M. (76 3), tschech. Sozialdemokraten 33 St. 1 M. (31 3), Deutsche Wahlgemeinschaft 91 St. 4 M. (106 4), Bund der Landwirte 54 St. 2 M. (-).
- Amisib:** Deutsche Sozialdemokraten 39 Stimmen 4 Mandate (-), Bund der Landwirte 43 St. 4 M. (79 6), Katholiken 38 St. 4 M. (-), Reichshausler - St. - M. (45 3).
- Karlsberg:** Deutsche Sozialdemokraten 206 Stimmen 6 Mandate (409 10), Kommunisten 113 St. 2 M. (-), tschech. Sozialdemokraten 29 St. 2 M. (112 2), Nationalsozialisten 173 St. 4 M. (24 2), Deutsche Wahlgemeinschaft 124 St. 3 M. (110 3), Bund der Landwirte 31 St. 1 M. (75 1).
- Seletitz:** Deutsche Sozialdemokraten 67 Stimmen 3 Mandate (86 3), Kommunisten 58 St. 2 M. (31 1), Deutsche Wahlgemeinschaft 257 St. 2 M. (127 6), unpolitische Gruppe 39 St. 1 M. (-), Nationalsozialisten - St. - M. (166 4), Tschechen 27 St. - M. (27 1).
- Wölmsdorf:** Deutsche Sozialdemokraten 22 Stimmen 2 Mandate (129 St. 3 M.), Kommunisten 226 St. 5 M. (106 St. 3 M.), Nationalsozialisten 138 St. 3 M. (6), Bürgerliche Wahlgemeinschaft 301 St. 7 M. (313 St. 12 M.), Dr. Silke Gruppe 66 St. 1 M. (1928: 0).
- Oberrißschel:** Deutsche Sozialdemokraten 32 Stimmen 2 Mandate (147 St. 4 M.), Kommunisten 192 St. 2 M. (106 St. 2 M.), Deutsche Nationalpartei 445 St. 11 M. (250 St. 6 M.), Bund der Landwirte 61 St. 1 M. (65 St. 2 M.), Christlichsozialistische 79 St. 2 M. (150 St. 4 M.), Tschechen 29 St. 0 M. (32 St. 0 M.).
- Großhörn:** (Gemeindewahl) Sonntag, den 22. Mai, fanden hier Gemeindewahlen statt. Unsere Partei verlor 24 Stimmen und ein Mandat, die Kommunisten 29 Stimmen und ein Mandat, während die Nazi zwei Mandate gewonnen haben. Die Stimmen verteilten sich wie folgt: Sozialdemokraten 244 - 6 (268 - 7), Kommunisten 77 - 2 (106 - 3), Bund der Landwirte 148 - 4 (159 - 4), Nationalsozialisten 118 - 3 (51 - 1).
- Wankersdorf:** (Erfolg bei der Gemeindewahl) Bei der am 22. Mai l. J. stattgefundenen Gemeindewahl erhielten die Sozialdemokraten 156 Stimmen (8 Mandate), 1928 153 Stimmen (sieben Mandate); Bund der Landwirte erhielt 156 Stimmen (7 Mandate), 1928 165 Stimmen (8 Mandate); Bauern (Wahlkreis) Sonntag, den 22. Mai, fanden hier die Gemeindewahlen statt. Es erhielten Stimmen und Mandate: Deutsche Sozialdemokraten 143 (4), 299 (8); Kommunisten 173 (3), (nicht kandidiert); Nationalsozialisten 167 (3), (nicht kandidiert); Wahlgemeinschaft 270 (8), 329 (9); Bund der Landwirte 29 (0), 43 (1).

Die Generalversammlung des Verbandes tschechischer Städte und Bezirke in Böhmen fand Freitag, den 20. Mai, in Prag statt. Ueber die Selbstverwaltungsinanzen referierte Doktor Klappa, worauf eine Resolution angenommen wurde, in der die Zuweisung bestimmter Steuern und Abgaben an die Selbstverwaltungs-Einheiten und Abgaben an die Selbstverwaltungs-Einheiten verlangt wird, ferner die Schaffung von Fonds zwecks Entschädigung der Gemeinden und Bezirke, ein Verwaltungsreformgesetz, das der Demokratie entspricht und eine Erhöhung des Budgetlimits, damit die Durchführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge möglich werde. Außerdem wurde beschlossen, an die Schaffung einer einheitlichen Organisation der Selbstverwaltungskörper im ganzen Staate zu streben.

Der wahre „Volksport“ der Nazis: Rechtsbrüche, Maßregelungen, Gewalttaten!

Wir haben vor kurzem gefragt, mit welchem Recht just der Herr Krebs Kroschitzstranen ob der Beschränkung der persönlichen Freiheiten in der Tschechoslowakei vergleicht, da doch dort, wo die Nazis herrschen, weder von Demokratie und Verfassung, noch auch von persönlicher Freiheit die Rede sein kann.

Aber Herr Krebs ist weit davon entfernt, von den blutigen Terrormethoden seiner tschechischen Freunde abzurufen. Seine Verlegenheit zwingt ihn zum Schweigen. Mittlerweile können wir jedoch mit einer neuen Liste hakenkreuzerischer Peidentaten dienen:

In der ersten Sitzung des neugewählten Anhalter Landtages wurde der sozialdemokratische Redakteur Zeeger, ein Reichstagsabgeordneter, vom hakenkreuzerischen Landtagspräsidenten Dr. Nicolai aus dem Saale gewiesen. Der seine Präsident begründete seinen Schritt damit, daß Zeeger „die stärkste Partei des Hauses aufs schärfste angegriffen“ habe. Seine Unwesenheit sei darum für die nationalsozialistische Fraktion unerträglich.

Die Nazis stimmten gemeinsam mit den Bürgerlichen einen von den Kommunisten unterlegten Antrag der Sozialdemokraten nieder, daß sich der Reichsterrat sofort mit dem unerhörten Verhalten des Präsidenten beschäftigen möge.

Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, die sich am vergangenen Freitag auf der Spielwiese des Altonaer Volkspark zu ihrem gewohnten Spielabend zusammengefunden hatten, wurden bei Einbruch der Dunkelheit von 150 Nazis überfallen, mißhandelt und von der Spielwiese getrieben. Ein Jugendlicher wurde mit einem Schlagring schwer verletzt. Die Spielgeräte der Jugendlichen wurden von den Nazis gestohlen.

Der Hauptschriftleiter des gauamtlichen Organ der Hamburger Nazis, des „Hamburger

Die Politik der tschechischen Volkspartei.

Sonntag fand in Prag der Landeskongreß der tschechoslowakischen Volkspartei in Böhmen statt. Hauptreferent war der Minister für öffentliche Arbeiten Ing. Dostalek. Er führte u. a. aus, ein Wirtschaftsplan sei notwendig, doch könne er nur in enger Zusammenarbeit des Staates mit den Produktions- und Distributionscorporationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer geschaffen werden. Die Regierung müsse die Wege dazu ebnen. Das moderne Prinzip der Zusammenarbeit der Regierung mit den Produktionskräften gewinne immer mehr an Boden und in seinen Rahmen solle auch der Vorschlag der Partei auf Umänderung des Senates in eine wirtschaftliche Körperschaft. Der heutige Ruf nach Änderungen in der Regierung und nach einer zweiten Republik sei das Ergebnis einer gewissen politischen Revolütät. Noch haben wir uns nicht die erste Republik ausgebaut und schon sollen wir davon wegschleusen und eine zweite Republik beginnen. Die Volkspartei lehne solche dilettantische Pläne ab. Außenminister Mgr. Stránel hob in seiner Ansprache den Umstand hervor, daß auch die übrigen Koalitionsparteien in der Volkspartei einen Faktor erblickten, der die Gegensätze der übrigen Lager ausgleiche. Der Minister ist der Ansicht, daß bei uns die Demokratie stets herrschen werde, weil keine Partei leuten Schritt gegen die Demokratie wagen könne.

Tschechischer Krankenkassenkongreß.

Sonntag und Sonntag lagte im Radiojale in Prag der größte Kongreß des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Krankenkassen. Eröffnet wurde er vom Vorsitzenden des Verbandes Genossen Kómeček, der auf den umfangreichen gedruckten Bericht hinwies, die im Interesse der Versicherten geleistete große Arbeit hervorhob und die furchtbaren Folgen der jetzigen Wirtschaftskrise für die Krankenkassen exortierte. Sodann begrüßte der Vorsitzende die erschienenen Gäste, und zwar die Vertreter der Zentralsozialversicherungsanstalt, die Genossen Dr. Stern, Dr. Fleischmann und Herrn Hydra, die Vertreter der Unfallversicherungsanstalt, der allgemeinen Pensionsanstalt, den Vertreter der tschechischen Sozialdemokratische Genossen Pavel, den Vertreter der deutschen Sozialdemokratische Genossen Laub, die Delegierten der tschechischen sozialdemokratischen Parlamentarier Johannis und Havranek, den Delegierten des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren Genossen Hadenberg und den Vertreter der Stadt Prag, Genossen Kolia. Begrüßungsschreiben hatten geschickt der Vorsitzende der tschechischen Sozialdemokratie Hampl und der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie Minister Dr. Czeh.

Nach der Wahl der Kommissionen referierte der Direktor des Verbandes Johannis, der den gedruckten Bericht ergänzte und der Stellvertreter Genosse Dr. Plefka über die Anträge betreffend Änderung der Statuten und Beitragsleistung.

Am Sonntag wurde dann der Antrag genehmigt, demzufolge der Zentralverband den Bezirkskrankenkassen zwecks Durchführung der Heilfürsorge mit 23 Prozent seiner Verbands-

Zeitschrift, Dr. Albert Krebs, ist von Adolf Hitler seines Amtes enthoben worden. Gleichzeitig wurde ihm der Ausschluss aus der Hitler-Partei angekündigt. Der bisherige Nazi-Gesandter Dr. Krebs gibt dazu eine aufschreiende Erklärung ab. Danach sind als Gründe für den Ausschluss u. a. angegeben worden ein Angriff auf den General Schleicher, der im „Hamburger Tageblatt“ erfolgt ist und die „brüningfreundliche Politik“, die Dr. Krebs im „Tageblatt“ betrieben haben soll. Angriffe auf den General Schleicher reichen also bei der NSDAP zum Ausschluß aus! Das kennzeichnet nicht nur die NSDAP, sondern auch diesen General. Dr. Krebs selbst schreibt, daß sein Ausschluß „gegen den deutschen Geist der Gewissensfreiheit“ gerichtet sei. Die NSDAP dulde keine Menschen, die selbständig zu denken wagen. Sie sei so „römisch“, wie sie es ihrerseits vom Zentrum behauptet. Ein weiterer Passus des Briefes entlarvt den Schwindel, den die NSDAP, mit dem Sozialismus treibt. Krebs erklärt, sein Blatt sei das einzige der Nazipresse gewesen, das noch

ohne Rücksicht auf ein tatsächliches oder finanzielles (!) Ansehungsbedürfnis an bestimmter Wirtschaftskreise

bemüht war, der sozialistischen Anschauungswelt der NSDAP Ausdruck und Form zu geben.

Das sind die demokratischen Freiheiten, das ist die Gedankenfreiheit derer vom Dritten Reich. Wenn der Auffiger Herr Krebs Schamgefühl hätte, so würde er, wenn er auf der tschechoslowakischen Parlamentariertribüne das „Marxbrutum“ seiner Mannen in tönenden Worten feiert, wenigstens ein bißchen rot werden ob der Tatsache, daß er von seinen eigenen Parteigenossen ununterbrochen Lügen gestraft wird.

Britischer Bizekonsul in Nanjing von einem Soldaten schwer verletzt

Shanghai, 23. Mai. Der britische Bizekonsul in Nanjing, Graham, wurde von einem aus dem Militärdienst entlassenen Soldaten durch einen Schuß schwer verletzt. Die Tat geschah außerhalb Nanjings an einem Ort, wo sich der Bizekonsul um die Freilassung eines von den Kommunisten gefangen gehaltenen britischen Missionärs bemühte. Der Schwereverletzte wird nach Nanjing zurückbefördert.

Belgiens neue alte Regierung.

Brüssel, 23. Mai. Von zuständiger belgischer Seite wird erklärt, daß es dem Ministerpräsidenten Renkin bereits gelungen sei, das neue Kabinett zu bilden und daß er es nach einer Unterredung mit dem König offiziell verlaunbaren werde. Die bisherige Regierungskoalition bleibe fast unverändert. Man erwartet, daß die neue Regierung den Sprachanforderungen der Flamen entgegenkommen wird. In sozialer Hinsicht wird das neue Kabinett wahrscheinlich etwas mehr nach rechts orientiert sein.

Die Probleme der spanischen Republik.

Paris, 23. Mai. Die Ursache der letzten Unruhen und revolutionären Verschwörungen in Spanien ist dem Madrider Berichterstatter des „Matin“ zufolge das Vorgehen des nationalen Arbeiterbundes, der statt tschechischer Gewerkschaftler Anarchisten und Kommunisten, die zu Aufruhr besten, zu seinen Mitgliedern zählte. Außerdem ist die öffentliche Meinung Spaniens durch die Frage des katalanischen Statutes stark erregt. Gestern fanden in fast ganz Spanien Manifestationen und Demonstrationsumzüge, in den Städten Kataloniens für und in den übrigen Provinzen gegen die katalanische Autonomie statt. Die jedoch im Parlament eröffnete Debatte über das katalanische Statut hatte hingegen bisher einen ruhigen und sachlichen Charakter.

Todesopfer der Shanghai Bombenattentate.

Toho, 23. Mai. General Shirakawa, der bei dem Bombenanschlag in Shanghai am 29. April vermundet wurde, ist gestorben.

Otto Braun an Brüning.

Arbeitszeitverkürzung darf auch bei der vierzigstündigen Woche nicht haltmachen!

Der preussische Ministerpräsident Genosse Otto Braun hat in einem Schreiben an Brüning energisch das deutsche Arbeitslosenproblem aufgerollt. Er schreibt dort u. a.:

„Fast jede der großen Fragen, die die Regierungen des Reichs und der Länder und die Gemeindeverwaltungen zu entscheiden haben, führt auf das Problem der Arbeitslosigkeit zurück, das damit als das Zentralproblem unserer inneren Politik bezeichnet werden muß.“

Dieses Problem kann nicht nur mit finanziellen Mitteln gelöst werden. Das würde nur zu immer höheren Lasten führen. Es kommt vielmehr in erster Linie darauf an, mit durchgreifenden Maßnahmen die Menschen an die Arbeit zu bringen.

Das ist aus volkswirtschaftlichen und moralischen Gründen in gleicher Weise notwendig. Dabei kann auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit durch internationale Verringerung der Konjunktur nicht gewartet werden. Ein erheblicher Teil der Arbeitslosigkeit ist überdies die natürliche Folge der fortschreitenden Rationalisierung, der Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine.

Die preussische Staatsregierung hält zu diesem Ziele in erster Linie eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit durch eine systematische Kürzung der Arbeitszeit unter Rückführung der Arbeitslosen auf die dadurch frei werdenden Arbeitsplätze für notwendig.

Alle anderen Mittel versprechen für sich allein keinen genügenden Erfolg. Die Kürzung muß nach Ansicht der Staatsregierung so weit gehen, daß dadurch die überwiegende Zahl von Arbeitslosen Arbeit erhält. Es genügt daher nicht, daß für einige, meist schon kurz arbeitende Industrien die wöchentliche Arbeitszeit auf 30 Stunden festgesetzt wird. Die Kürzung muß vielmehr turlichst allgemein angeordnet werden.

Die Kürzung kann ferner, um ihren Zweck zu erreichen, nicht bei 10 Stunden haltmachen, sie muß vielmehr darüber hinausgehen.

Die Partei der Lüge

Schreibt über „sozialdemokratischen Volkserrat“ in Danzig.

„In der Größe der Lüge liegt immer ein Faktor des Geglauwens zu werden.“ Schreibt Adolf Stiller in seinem Buch „Mein Kampf“. Als getreue Diener ihres Herrn haben unsere Salentzenler einen Tatarischen-Nachrichten-Dienst eingerichtet, der mit pünktlicher Regelmäßigkeit Schauermärchen über die Sozialdemokratie verbreitet. Neuerdings ist die „Lüge“ eine feiste Lüge über sozialdemokratischen „Volkserrat“ in Danzig auf, die offensichtlich im Braunen Hause fabriziert wurde. Weil der Berliner „Vorwärts“ dem Geschrei der Nationalisten über einen bevorstehenden Polen-einfall in Danzig durch eine nüchterne Darstellung des Sachverhaltes entgegentrat und gleichzeitig die verrückten Freidereien der dortigen Salentzenler entlarvte, soll er nach Ansicht nazistischer Lügenbengels wieder nationalen Verrat begangen haben.

Viele Behauptung des „Lag“ paßt wie die Faust aufs Auge zu der Laubenburger Rede Hitlers, wo der Herr Obernazi erklärte, daß sich seine Sturmabteilungen im Jahre eines polnischen Einmarsches tapfer in ihre Quartiere zurückziehen haben.

Auch der pommerische Nazihauptling, Graf von der Solz (ein schlichter Arbeiter, nicht wahr?), hat in seiner Zeitschrift „Diskurs“ die These aufgestellt, daß die deutschen Grenzen unter der gegenwärtigen Regierung von den Nationalsozialisten nicht geschützt werden können.

Daran möge ermeffen werden, welche freche Lügenschmauze dazu gehört, angesichts der Danziger Verfälle das Ammenmärchen vom sozialdemokratischen „Volkserrat“ wieder aufzuwärmen.

Vorläufig keine Naziregierung in Württemberg.

Stuttgart, 23. Mai. Die Verhandlungen im württembergischen Landtag zwischen den Nationalsozialisten, Zentrum, Bauernbund, Deutschen Nationalen und Christlichen Volksdienst sind als gescheitert anzusehen, da sowohl das Zentrum als auch die Demokraten sich weigern, den Nationalsozialisten den Posten des Staatspräsidenten und des Innenministers zu überlassen. Bei der völlig ungelärten Lage ist zu erwarten, daß der württembergische Landtag, der auf Morgen zur Wahl des Staatspräsidenten einberufen ist, diese erneut vertagen wird.

Bersammlungsverbot in Preußen.

Berlin, 23. Mai. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist in der preussischen Gesetzgebung eine Verordnung des Ministers des Innern veröffentlicht, wodurch eine Anordnung über Ausnahmen von dem Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel vom 13. April d. J. aufgehoben wird. Von dem Inkrafttreten dieser Verordnung an sind auf Grund des Art. 123, Abs. 2 der Reichsverfassung Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel in Preußen bis auf weiteres verboten. Für völlig unpolitische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel können die Regierungspräsidenten Ausnahmen zulassen.

Tagesneuigkeiten

Tragisches Nachspiel des Ozeanfluges.

Todesflug eines Pressephotographen

London, 23. Mai. Ein Eindecker stürzte in der Grafschaft Wigton ab. Die beiden Insassen wurden getötet. Das Flugzeug war auf dem Rückflug von Londonderry, wo der Passagier, ein Pressephotograph, Ausnahmen von der Transoceanfliegerin Carhart und ihrem Flugzeug gemacht hatte, die er nach London bringen wollte.

Lobeskurz des tschechoslowakischen Rennfahrers Loblowitz

beim Berliner Ausrennen.

Berlin, 22. Mai. (Vollf.) Bei dem heutigen Ausrennen ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, der einem der Rennfahrer, Loblowitz-Tschechoslowakei, das Leben kostete. Loblowitz fuhr mit seinem Wagen, einem Bugatti, mit großer Geschwindigkeit in die Südkurve der Rennbahn. Dabei wurde der Wagen aus der Bahn gedrückt. Der Wagen, über den sein Fahrer die Herrschaft verlor, flog bis auf den Bahndammbau der neben der Bahn gelegenen Stadtbahn. Der Rennfahrer Loblowitz wurde in sterbendem Zustand ins Hildgard-Krankenhaus überführt, wo er bald seinen Verletzungen erlag.

Wie geschah das Unglück auf „Georges Phillipar“?

Paris, 21. Mai. Aus dem Bericht des Kapitäns der „Georges Phillipar“ ist u. a. zu entnehmen, daß der Kapitän um 2 Uhr 10 nachts vom diensttuenden Offizier mit der Meldung gewarnt wurde, eine Dame habe in ihrer Kajüte Feuer festgestellt. Auf der Kommandobrücke habe der Kapitän den ersten und den zweiten Offizier gerufen, die schon um 1 Uhr 35 nachts dadurch gewarnt wurden, daß die Alarmanlage im Gepäckraum des Schiffes auf unausgelassene Weise plötzlich in Bewegung gesetzt wurde. Im übrigen sei die Alarmanlage 8 Tage vorher in der Nacht auf ebenso unausgelassene Weise schon einmal betätigt worden. Selbstverständlich sei auch im Funkraum, der von dem Brandherd der Kajüte 5 des D-Deck am weitesten entfernt lag, zu gleicher Zeit Feuer ausgebrochen, so daß es nicht möglich war, Hilferufe zu tun, um so mehr, als auch die Batterie der Hilfsfunkstation verbraucht gewesen sei, ohne daß diese Tatsache vorher festgestellt worden wäre.

Die Erzählungen der Beteiligten lassen daran zweifeln, daß die Ursache des Brandes nur Kurzschluss gewesen sei. Auch die Ingenieure und Konstrukteure des Schiffes schließen diese Möglichkeit aus. Jedenfalls wird der Kapitän, wie es allgemeiner Brauch ist, vor dem Zivilgericht in Marseille zur Verantwortung gezogen werden.

Die Gesamtzahl der noch vermischten Passagiere beträgt 54.

„DO X“ kehrt zurück.

Heute Ankunft in Berlin.

Berlin, 23. Mai. Das Flugschiff „Do X“ landet nach seinem beschwerlichen Ozeanflug Samstag in Ponta auf den Azoren, von wo es den Weg nach Vigo in Nordwestportugal fortsetzt. Nach Ergänzung des Treibstoffvorrats ist „Do X“ heute um 10 Uhr 45 Greenwicher Zeit zum Flug nach Deutschland gestartet und wird vermutlich morgen vormittags in Berlin erwartet.

Todesopfer des Segelfluges.

Bortum, 22. Mai. Der 29jährige Segelflieger Kurt Densner stürzte am Sonntag bei einem Drachenflug aus etwa 40 Metern Höhe ab und war auf der Stelle tot. Der bedauerliche Zwischenfall ereignete sich im Laufe des Nordsee-Segelflugwettbewerbes. Die Veranstaltung wurde sofort abgebrochen.

Gorgulow in der Tschechoslowakei.

Paris, 23. Mai. Der Polizeikommissar des französischen Sicherheitsdienstes Henriet, der von Prag nach Paris zurückgekehrt ist, erstattet heute dem Untersuchungsrichter Bericht über die Ergebnisse seiner Nachforschungen in der Tschechoslowakei bezüglich Paul Gorgulows. Außerdem ist Henriet mit der Abfassung eines ausführlichen schriftlichen Berichtes beschäftigt. Nach halbamtlichen Mitteilungen sind die Ergebnisse, die Henriet mitbrachte, für Gorgulow sehr ungünstig. Der Bericht Henriet führt die erhobenen Umstände über die ersten drei Gattinnen Gorgulows, seine ärztliche Praxis, sein Privatleben, seine Verfolgung durch die tschechoslowakischen Behörden und über seine Ausweisung aus der Tschechoslowakei an.

Die Arbeiterklasse bezahlt die Krisenzehne.

Milliardenverluste an Löhnen.

Nichts kann den Irrsinn der Methode, der heutigen Wirtschaftskrise mit Lohnabbau und Massenentlassungen zu begegnen, besser beleuchten, als eine Statistik über die ständig sinkenden Bezüge der Arbeiter und Angestellten. Der Rückgang in den Einkommen dieser zwei Hauptgruppen im Heere der Konsumenten macht jährlich Milliardenbeträge aus und um diese Millionen summen wird die Kaufkraft herabgemindert.

Sehr anschaulich ist diesbezüglich das vom Professor Leiserson bearbeitete Zahlenmaterial. Nach seinen Berechnungen wurden in den Vereinigten Staaten im Jahre 1931 an Lohngebern ausbezahlt 33 Milliarden Dollar, dagegen im Jahre 1929 noch 55 Milliarden Dollar.

Das bedeutet also, daß die amerikanische Arbeiterklasse im Vorjahre gegenüber dem Jahre 1929 infolge Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen 22 Milliarden Dollar, das sind ungefähr 74,4 Milliarden Kronen einbüßte. Die durchschnittliche Lohnkürzung beim amerikanischen Arbeiter beträgt 23 bis 34 Prozent, während die Gehälter der leitenden Beamten in den Industriebetrieben fast unangefastet blieben.

Von der Höhe dieser Gehälter kann man sich auf Grund einer in der „New York Times“ veröffentlichten Uebersicht eine Vorstellung machen, wo u. a. gesagt wird, daß der Direktor der Bethlehem-Steel Co. einen jährlichen Gehalt von 12.000 Dollar, d. i. monatlich 33.700 Kronen, bezieht. Außerdem stehen diese Herren noch Tantiemen ein, welche den festen Gehalt oftmals um ein Vielfaches übersteigen. Vier Direktoren der schon erwähnten Gesellschaft bezogen in einem Jahr gemeinsam 1.624.793 Dollar an Tantiemen, was einem Betrag von 54.646.734 Kronen gleichkommt.

Bei den Arbeitern aber wird gespart.

Nach dem Bericht der Labour Research Association beträgt der Lohn eines Textilarbeiters, für eine 55stündige Arbeitswoche, der früher die Höhe von 20 bis 22 Dollar erreichte, jetzt nur mehr 7,20 bis 7,50 Dollar.

Es bedarf unter diesen Umständen wohl keines besonderen Hinweises darauf, daß im Verlaufe der Weltwirtschaftskrise der Lebensstandard der amerikanischen Arbeiterklasse empfindlich herabgedrückt und ihre Kaufkraft vollständig untergraben wurde.

In Deutschland ist die Situation um nichts besser, denn nach den Mitteilungen der Kustalt für Konjunkturforschung wurde in Deutschland während des ganzen letzten Zeitab-

schnittes kein solch beträchtlicher Rückgang in den Löhnen festgestellt, als in den letzten zwei Jahren.

Im Jahre 1930 wurden an Löhnen um 3,5 bis 4 Milliarden Mark weniger als im Jahre 1929 ausbezahlt, im Jahre 1931 sogar um sechs Milliarden weniger.

Dies mußte natürlich eine katastrophale Drosselung der Kaufkraft im Gefolge haben. So rechnet Felix Burgl in der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ aus, daß die deutschen Konjumenten im Jahre 1931 im Vergleich zu 1927 weniger kauften: an Textilien um 2,25 Milliarden Mark, an Hausgegenständen um 0,5 Milliarden.

Die gleiche Entwicklung treffen wir auch in England an. Das Amtorgan des Arbeitsministeriums „Ministry of Labour Gazette“ charakterisiert die Lohnbewegung im letzten Jahre folgend:

„Die Herabsetzung der Durchschnittshöhe der Lohnsätze, welche im Jahre 1931 durchgeführt wurde, übersteigt in ihrem Ausmaße beträchtlich die Lohnkürzungen in jedem Jahre des letzten Jahrzehnts.“

Die amtlichen Ausweise über die Bewegung der Wochenlöhne weisen im Jahre 1931 eine durchschnittliche Kürzung von 405.000 Pfund, d. i. 51.518.000 Kronen aus. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch in Frankreich, der Tschechoslowakei und in Italien.

Um diese Millionenbeträge wurde nicht nur die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten herabgesetzt, es wurde damit auch das gesamte Wirtschaftslieben um sie gekürzt. Wie schon oben festgestellt, sind die Arbeiterlöhne im wahren Sinne des Wortes ein Zirkulationsmittel, weil der Arbeiter sofort gezwungen ist, die erhaltenen Lohnfrüchte wieder auszugeben. Ein Entfall in den Arbeiterlöhnen muß sich demgemäß sofort in der Senkung der Kaufkraft und damit in einer weiteren Lahmlegung des Wirtschaftslebens manifestieren. Dabei tun die Herren Unternehmer alles, um ja nichts von ihren gewohnten Gewinnen zu verlieren. Die Not der Arbeiterschaft auszunützen, wollen sie durch Lohnkürzungen erzwingen, daß diese ausschließlich die Kosten der kapitalistischen Katastrophenentwicklung bezahlt. Es wird daher an den Krisenopfern in allen Ländern selbst liegen, durch organisierte Aktion die Blutlauge am Wirtschaftskörper der Menschheit hinwegzuwaschen und einen Gesellschaftsbau zu errichten, unter dessen Krisengeschützen auch die planwirtschaftliche Gütererzeugung allen Menschen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse sichert.

Gedenken an Kreuzer.

Stockholm, 23. Mai. Die beiden Kammern des Reichstages haben heute der Regierungsvorlage über die sogenannte „Lex Kreuzer“ zugestimmt, die neue Konkursbestimmungen vorsieht, wodurch eine ruhigere Abwicklung der Kreuzer & Toll und anderer Gesellschaften, die von der Kreuzerkrise betroffen sind, gewährleistet werden soll.

Verschüttet.

Johannisburg, 22. Mai. Eine Gruppe von sechzehn eingeborenen Bergleute ist gestern durch einen plötzlich auftretenden Bergsturz in der Rodinfontein-Mine verschüttet worden. Eine Bergungsexpedition arbeitet fieberhaft, um zu den Verschütteten zu gelangen. Bisher sind fünf lebend geborgen worden.

Entgleist.

Strasbourg, 22. Mai. Der D-Zug Basel — Straßburg ist gestern abends aus noch unbekannter Ursache kurz vor der Einfahrt am Bahnhof von Saarburg entgleist. Die Lokomotive, der Tender und der erste Wagen dritter Klasse stürzten um. Der Lokomotivführer und der Heizer sprangen ab. Der Heizer erlitt dabei den Tod. Von den Reisenden sollen 20 leichte Verletzungen erlitten haben.

Stipendien für deutsche Studenten.

Vor einiger Zeit ging eine Nachricht durch einen Teil der deutschen Presse, wonach die deutschen Studenten bei der Vergabe von Stipendien insofern benachteiligt werden, als die Gelder, die für die tschechischen Studenten bestimmt sind, ausbezahlt werden, während dies bei den Stipendien, die für deutsche Studenten bestimmt sind, nicht der Fall ist. Wir haben uns nun an maßgebender Stelle erkundigt und überzeugt, daß diese Behauptung nicht der Wahrheit entspricht und daß die Gelder für die Auszahlung der Stipendien für deutsche und tschechische Studenten in gleicher Weise flüssig gemacht werden.

Um den Tuberkuloseerregere. Auf dem Gorgulow-Tuberkulosekongress sprach Prof. Bruno Lange-Berlin über die Biologie des Tuberkuloseerregers. Besonderes Aufsehen erregten ferner die Ausführungen von Professor Kleinschmidt-Köln über Beobachtungen bei den Läden der Säuglings-tuberkulose. Kleinschmidt stellte fest, daß die Behandlung der Kinder, die die Colmette-Katastrophen überlebt hätten, gute Fortschritte gemacht habe. Nach dem ersten Lebensjahr sei kein Kind mehr an Tuberkulose gestorben. Ueber Erduntersuchung an tuberkulösen

Zwillingen sprachen die Ärzte Dr. Diehl-Sommerfeld und Dr. Freiherr v. Verschür-Berlin-Dahlen. Die Vortragenden haben ihre Erfahrungen in mehrjähriger Forschung an 125 tuberkulösen Zwillingsspaaren gesammelt.

Eisenbahnretard. In der slowakischen Station Trebisov war der Eisenbahnangestellte Johann Novotny mit dem Ankleben von Bestimmungszetteln an Lastwagen beschäftigt. Als er über ein Geleis gehen wollte, rollte plötzlich ein Versuchswagen heran, stieß ihn zu Boden und trennte ihm das linke Bein und die rechte Hand vom Leibe. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus gebracht, wo er starb.

Ein ehemaliger Jarengeneral als Brunner Fabrikarbeiter. Unter den Arbeitern der Brunner Waffenfabrik befindet sich auch der ehemalige General der kaiserlich russischen Garde Leonij Demnikow. Demnikow ist in dem Unternehmen bereits seit 1928 beschäftigt und bezieht als Bararbeiter in der Versuchsbteilung gegenwärtig einen Wochenlohn von 350 K. Im Anstand des Jaren gehörte er zu den einflussreichsten Personen des Hofes. Nach der Revolution trat er erst in die Armee des Admirals Koltschak und später in die Armee des Generals Wrangel ein. Mit den Trümmern dieser letzten weißgardistischen Armee kam er als Flüchtling in die Tschechoslowakei.

Selbstmord in der Strafanstalt. In der Strafanstalt Bohn verübte in seiner Zelle der 27jährige Strafgefangene Johann Vitano ein Selbstmord durch Erhängen. Er war im Jahre 1930 wegen Mordes an einem Verwandten bei Gortadobere vom Schwurgericht in Pilsen zum Tode verurteilt, dann aber zu 20 Jahren schweren Kerkers begnadigt worden. Er befand sich in Einzelhaft und vollführte die Tat in dem Augenblick, als die Wachen abgelöst wurden.

Vaterliebe sprengt Kerkergitter. Aus dem Gefängnis in der Abruzzenstadt Teramo brach ein gewisser Pulcino aus. Die Sehnsucht nach seinen Kindern hatte ihn zu dieser Tat veranlaßt. Dann stellte er sich der Polizei mit der Aufforderung, sie möge ihn wieder ins Gefängnis zurückführen.

Tödliches Motorradunglück. Am Sonntag früh fuhr der Händler Josef Lehmann aus Teplitz-Schönau nach Prag, um einem Länderfußballspiel beizuhelfen. Bei der Bechertischen Lederfabrik Teplitz-Schönau, Pragerstraße, wollte Lehmann einem Lastwagen ausweichen, kam aber mit seinem Motorrad so nahe an den Straßenrand, daß es sich infolge der raschen Fahrt überschlug, wobei Lehmann herausgeschleudert wurde.

Vom Lohnkampf der Bauarbeiter.

Die Rebellion innerhalb der Baumeister gegen die Terroranordnungen, der Baumeisterorganisation durch Dr. Pettera nimmt zu. In den letzten Baumeisterversammlungen in Teplitz und Bodenbach stimmten schon über ein Drittel der umwohnenden Baumeister gegen die Anträge der Baumeisterorganisation. Das bedeutet, daß bereits über ein Drittel aller Unternehmer diesen Terror nicht mehr mitmachen will, der ihnen von Dr. Pettera, dem Unternehmersekretär, befohlen wird, und bereit ist, den Lohnschiedspruch anzuerkennen. Die Front der Baumeister ist also weiter in Zersetzung. Von den Gewerkschaftsdelegierten werden Versuche unternommen, eine Einigung in der Form zu erzielen, daß der Lohnschiedspruch von den Baumeistern angenommen wird. Dr. Pettera lehnte bis heute auf dieser Basis alle Versuche ab. Der Großteil der Baumeister ist jedoch schon einer anderen Meinung. An den Bauarbeitern wird es nun liegen, die Baumeister zu der Anerkennung des Lohnschiedspruches zu zwingen.

Zeit und geschlossen steht die Kampffront der Bauarbeiter in den ausschlaggebenden Kampfgebieten Teplitz, Aussig und Bodenbach unter der Führung des Verbandes der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramikindustrie. In Teplitz, wo die Führung ausschließlich in den Händen der kommunistischen und nationalsozialistischen Gewerkschaft lag, hat die Zentralleitung dieser Organisationen am 18. Mai in einer Versammlung den Beschluß gefaßt lassen, den Streik in Teplitz zu beenden. Es zeigt sich, daß dort, wo diesen Leuten die Führung des Kampfes für die Bauarbeiter anvertraut wurde, der Kampf für die Bauarbeiter mit einer Niederlage endete.

Die Versammlung der streikenden Mitglieder des Verbandes der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramikindustrie, die am 19. Mai in Teplitz stattfand, hat angesichts der Tatsache, daß bereits durch den Beschluß der kommunistischen und nationalsozialistischen Einheitsstreikleitung alle Bauten in vollem Betrieb standen folgende Resolution gefaßt und beschlossen:

„Die am 19. Mai 1932 in „Riegerheim“ abgehaltene Streikversammlung der organisierten Bauarbeiter im Verbands der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramikindustrie nimmt in Anwesenheit von 62 Kollegen zu dem Beschluß der Zentralstreikleitung Stellung und beschließt: Nach Feststellung der Tatsache, daß am heutigen Tage bereits 75 Prozent der gesamten Bauarbeiter auf den Bauern beschäftigt ist, daß ferner die vereinigte Zentralstreikleitung des kommunistischen Roten Industrieverbandes und der nationalsozialistischen Gewerkschaft beschlossen hat, den Streik in Teplitz zu beenden und die Arbeit am 19. Mai wieder aufzunehmen, sehen sich die im Verbands der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramikindustrie organisierten Bauarbeiter als Widerpart gezwungen, daraus die Folgerungen zu ziehen. Die Streikleitung stellt es allen Mitgliedern frei, nach eigenem Ermessen zu handeln. Sie begrüßt den mutigen Kampf der übrigen Bauarbeiter in den anderen Streikgebieten und erklärt, daß der Kampf in Teplitz nicht beendet ist, sondern daß die Bauarbeiter weiter kämpfen für die volle Anerkennung des Lohnschiedspruches und daß das Unterstreichen abgelehnt wird.“

Dadurch ist klar ausgedrückt, was eigentlich als Verdäcker der Bauarbeiter im nordböhmischen Bauarbeiterkampf anzusehen ist. Es ist aber auch eine Lehre für die Bauarbeiter, daß ein Kampf nur gewonnen werden kann, wenn an dessen Spitze eine wirkliche Gewerkschaft steht, wenn die Führung fest in den Händen des Verbandes der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramikindustrie liegt und die Bauarbeiter geschlossen organisiert sind.

Er fiel mit dem Kopf gegen eine Telegraphenstange und war sofort tot.

Einbruchdiebstahl. In der Nacht auf den 23. Mai wurde in der Mühle des Jaroslav Machata in Svojsice im Bezirke Píseň ein Einbruch verübt, wobei verschiedene Sachen im Werte von etwa 10.000 K gestohlen wurden. Es wurden u. a. 33 Meter Treibriemen 6 Zentimeter breit, 15 Meter Treibriemen 18 Zentimeter breit, 70 Meter Treibriemen 10 Zentimeter breit, 21 Schnallen zum Anheften der Seile, etwa 40 Wehfüße, Wehzügel mit Firmenaufdruck, eine Plombierzange, Plomben und verschiedene Maschinenbestandteile entwendet. Vor dem Anlauf der gestohlenen Sachen wird gemarrt.

Vom Rundfunk

Rittmoch.

Prag: 6.30: Sonnabend, 11: Schallplatten, 16.30: Klavierkonzert, 17.10: Marionettentheater, 18.30: Deutsche Zeitung: Arbeiterzeitung, 8. Früh: Soziale Reportage, 19.20: Einführung zur Oper, 19.30: Spid im Schloß, — Brünn: 16: Märchen unserer Großmutter, 18.25: Deutsche Zeitung: Slawisch: Praktische Schulerneuerung, — Berlin: 16.30: Andächtige Musik, 18.30: Vertikales Konzert, — Dresden: 19: Loewe-Salonen, — Hamburg: 19.20: Schumanns Längle, — Königsberg: 19.30: Refrön zum Gedenken, — Königsberg: 22.30: Musikalische Durcheinander, — Leipzig: 22.30: Kammermusik, — München: 21.35: Konzert, — Wien: 17.40: Opervorläufe, 30.30: Schallplattenkonzert.

Türkische Mutartete. Angora, 23. Mai. Der Gerichtshof in Adana hat heute in dem Mordprozess gegen die Anführer aus dem Karatagebiet das Urteil gesprochen. 34 Angeklagte, darunter drei in Abwesenheit, wurden zum Tode verurteilt. 179 Angeklagte, von denen 88 nicht erschienen waren, wurden freigesprochen. Die übrigen 58 Angeklagten wurden in der Mehrzahl zu 10 Jahren, in einzelnen Fällen zu 15 und 24 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Geld wie Witz. Die Polizei hat ermittelt, daß der Besitzer eines Koffers, aus dem 130.000 Schilling (650.000 K), die in die Schweiz geschmuggelt werden sollten, beschlagnahmt wurden, in Wagenfurt angekommen ist. Der Besitzer hat den Koffer durch eine Mittelsperson zum Hauptzollamt bringen lassen. Wer der Besitzer des Koffers mit dem großen Geldbetrag ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Englische Heimfahrt. Ein Postkraftwagen, in dem sich eine Fußballmannschaft aus München (Oberfranken) auf der Heimfahrt von einem Wettkampf befand, fuhr beim Ausweichen vor Fußgängern auf einen Gartenzaun. Der Wagenführer wurde so schwer verletzt, daß ihm im Krankenhaus das linke Bein amputiert werden mußte. Außerdem wurden vier Personen schwer und 11 leicht verletzt.

Für einen Augenblick aus der Verleugung aufgetaucht. Aus Berlin wird gemeldet: Einige vaterländische deutsche Vereine veranstalteten gestern in einem Berliner Restaurant eine Feier anlässlich des 60. Geburtstages des „Führers der Sudetendeutschen“ Dr. Baerant. U. a. beglückwünschte dem Jubilanten auch Konfessionsrat Dr. Luther, der sagte, man könne Dr. Baerant mit Recht als „Mitstreiter an dem künftigen deutschen Einheitsreich“ feiern. Der Führer der deutschen Nationalen Partei Eugen Berg richtete an Baerant ein Glückwunschtelegramm, worin er den Wunsch ausspricht, daß das Lebenswerk Dr. Baerants „den Sudetendeutschen und dem ganzen großen Vaterlande“ von Nutzen sein möge. — Ein freundlicher, aber völlig verständlicher Wunsch!

Reisende Betrüger. Ein Mann, der sich Ingenieur Friedrich Wesler nennt und sich als Generalvertreter einer Reichsberger Firma ausgab, nahm bei verschiedenen Geschäftleuten in Saaz, Komotau usw. Aufträge auf Lieferung von Glühlampen entgegen, ließ sich entsprechende Angebotslisten schicken und verschwand damit. Anfragen bei der Lieferfirma ergaben, daß es sich um einen Schwindler handelt. Der Aufträge gelang es namentlich dem „Ingenieur Wesler“, der wichtige Karl Hainisch bei sich einschleusen und dem Geschäft einzuliefern. Er hat in ganz Nordwestböhmen Schwindeleien verübt.

Meister im Betrug. Aus Neapel wird berichtet: Ein gewisser Paolo Ferrari, ein italienischer Rekordbetrüger, der in zahlreichen italienischen Städten etwa 200 Betrügereien verübt und gegen den 15 Strafverfügungen erlassen wurden, wurde hier verhaftet.

Achtung, Wohnungsdiebe! Sonntag nachmittag wurde in Maß-Döran, als der Beamte Bruno Kulla mit seiner Familie in der Bodenschloß in Hahnau weilte, aus dessen Wohnung Wäsche und in Hahnau außerdem zwei Einlagebücher und wertvolle Wertgegenstände im Werte von 5700 K. Fehlend. Dem Dienstmädchen wurde ein goldenes Halsband entwendet. Ein ähnlicher Diebstahl wurde Sonntag nachmittag in Wilkowitz in der Wohnung des Ausschüßers der Wittwener Eisenwerke Maximilian Jindra verübt. Während der Abwesenheit Jindra, der mit seiner Familie hienieden ging, wurden ihm Sachen im Werte von 2400 K. gestohlen.

Der Polizeihund.

Sie waren ihrer fünf, lauter Freunde des Polizeihundspotts, die an jenem Sommerabend auf der Terrasse des Parkrestaurants beisammen saßen und, wie so oft, über die Leistungen ihrer vierbeinigen Freunde sprachen. Je weiter die Feiher der Uhr vorrückte, desto mehr näherte sich das Gespräch typischem Jägerlatein. Diesmal brachte jedoch Landjäger a. D. Riege eine erregte Note in den Diskussionsstoff. „Ist ja alles ganz schön und gut“, meinte er, „aber ihr wißt doch ganz genau, daß die Anla, also, der, Hektor oder Wolf uns auch mal im Etüde lassen können. Und nicht nur das: Manche Tier hat seinen Herrn schon derart irregeführt, daß der schlimmste Konfliktstoff daraus entspringt. Ein Beispiel dafür!“ Riege nahm zuvor einen kräftigen Schluck und erzählte seinen näherstehenden Freunden davon: Es ist jetzt acht Jahre her. Die Polizeihundeausbildung stand damals bereits auf sehr hohem Stande, und es war daher kein Wunder, daß unser jetzt tierliebender Landjägermeister auch noch seinen Ehrgeiz darin sah, immer einen der vorzüglichsten Hunde zu besitzen. Dabei waren die Fälle verhältnismäßig selten, in denen wir in der kleinen Kreisstadt einen Hund einführen konnten. Geflügel- und gelegentlich auch Viehdiebstahl kamen hauptsächlich vor. Ward einem Stadtbewohner einmal ein Harnikel aus dem Stall geholt, nun, unsere Tiere brauchen kaum in Wildfarnheit zu treten, so rasch gelang es uns, der Täter habhaft zu werden. Im übrigen erzielten die zwei Diensthunde fleißig weitere Ausbildungen auf dem Trefferplatz. Es kam dann aber eine Zeit, in der wir im

Brände.

Podubitz, 22. Mai. Heute gegen 5 Uhr früh brach im Turm der hiesigen Dekanalkirche ein gefährlicher Brand aus. Das Dach des Turmes wurde immer beschädigt. Gegen 8 Uhr gelang es der Feuerwehr, das Feuer zu beschwichtigen. Es war notwendig, verschiedene Verlegungen zu treffen, um dem drohenden Einsturz des Turmes vorzubeugen. Der Turm, der aus dem 16. Jahrhundert stammt, wurde bereits am 1. Juli 1929 durch einen Sturm schwer beschädigt. Das Feuer war durch Kurzschluss im elektrischen Antrieb des Glockenläutes entstanden. Der Schaden beträgt 60.000 K.

Samstag abends um halb 12 Uhr brach in der Gemeinde Karazénice ein Brand aus, dem ein Gemeindegewächshaus zum Opfer fiel, in dem hauptsächlich Hebrer wohnten. Auch die Wirtschaftsgebäude brannten aus.

Hamburg, 22. Mai. Im Hamburger Hafen brach heute nachmittags in den Staatszimmereibetrieben am Bedde-Tamm und Lübecker-Ufer ein Brand aus, der sich dann zum Großfeuer entwickelte. Das Feuer verlichtete außer einem Schuppen der Staatszimmerei und Holzparaden auch den für die Annahme der Zellulose-Durchgangsgüter bestimmten Lagerbühnen beim Bremer Quay vollständig. Man kann annehmen, daß das Feuer dort entstanden ist. Eine gewaltige Sticht Flamme, die plötzlich aus dem Gebäude schoß, setzte alles im Umkreis von nahezu 100 Meter in Brand. Sogar ein Kuderboot, das 60 Meter vom Ufer entfernt lag und Flahgruppeln im Wasser haben Feuer gefangen. Der Feuerwehr, die mit 5 Jagen und zwei Feuerlöschbooten anrückte, gelang es in verhältnismäßig kurzer Zeit, den losloste Rauchwolken umschloßenen Brand einzudämmen.

Berlin, 22. Mai. (Wolff.) Ein Riesenbrand ist in der vergangenen Nacht in Spandau bei den „Deutschen Industrie-Werken“ auf dem Gelände der früheren Artilleriewerkstätte entstanden, wo die Aluminiumgießerei und die Schmiedewerkstätte völlig ausgebrannt sind. Der Brand hat in kurzer Zeit so große Ausdehnung angenommen, daß 13 Feuerwehrzüge und zwei Feuerlöschboote erschienen mußten. Es wurden 16 Schlauchleitungen verwendet. Fünf Feuerwehrleute wurden erheblich verletzt. Der Betrieb erleidet keine Störung.

Ein nach elf Jahren aufgeklärter Mord.

In Gajtau bei Lubitz in Westböhmen war in der Nacht zum 23. Feber des Jahres 1921 der Heger Josef Dolanitz vor der Tür des Hegerhauses erschossen worden. Dolanitz hatte sich auf mehrere Rufe hin vor das Haus begeben, um nachzusehen, wer nach ihm verlange, aber kaum hatte er die Schwelle überschritten, als aus dem Dunkel heraus ein Schuß ausblitzte und Dolanitz, von dem Projektil in den Kopf getroffen, tot zusammenfiel. Unter dem Verdachte der Täterschaft wurde feinerzeit der Bergmann Josef Pfal aus Bohowitz bei Kottbus verhaftet, der in der Gegend als Schafhirt angestellt war, doch mußte er nach mehrmonatiger Untersuchung wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da ihm eine Schuld nicht nachgewiesen werden konnte. Die Gerichte, daß Pfal dennoch der Täter sei, wollten nicht verstummen, und als es zwischen dem Verdächtigen und seiner Frau im Jahre 1930 zu dauernden Auseinandersetzungen und Streitigkeiten kam und die Gattin des Pfal verschiedene Andeutungen auf die Mordthat des Mannes machte, wurde Pfal neuerlich verhaftet und in Untersuchung genommen, doch gelang es auch diesmal nicht, ihn der Tat zu überführen, so daß er abermals freigelassen wurde. Die nichtabgeklärten Momente der Gendarmerei fortgesetzten Erhebungen ergaben schließlich Verdachtsmomente gegen einen Mann namens Johann Pascher, der feinerzeit in

seiner Strafe abgehört hatte und dann nach Österreich ausgewandert war, wofür er nunmehr verhaftet wurde. Nach längerem Zögern gelang Pascher, mit Josef Pfal an der Ermordung des Hegers Dolanitz beteiligt gewesen zu sein. Den tödlichen Schuß habe Pfal abgefeuert. Nach diesem Geständnis wurde die Verhaftung des in Komotau wohnhaften Pfal vorgenommen, der jedoch vorerst entlassen wurde. Bei der Eskorte ins Egerer Kreisgericht gelang es den Gendarmen, bei der Ermordung Dolanitz dabei gewesen zu sein, doch habe den tödlichen Schuß nicht er, sondern ein gewisser Spitalitz aus Bruch abgefeuert. Die Untersuchung ergab, daß Pfal dem Spitalitz, der sich mit ihm feinerzeit in einer gemeinsamen Gefängniszelle befand, einen Betrag von 10.000 K. verschrieben hatte, wenn er, Spitalitz, die Mordtat auf sich nehme.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Sozialstatistik für November und Dezember 1931. Das Statistische Staatsamt hat heute für diesen Zeitraum jährliche Daten aus allen Bezirken der Arbeitslosigkeit mit einer Uebersicht der wichtigsten Wirtschaftszahlen für September—Dezember 1930 und 1931 veröffentlicht. Die Angaben aus der Arbeitslosigkeit beziehen sich auf die nicht untergeordneten Bewerber, die gemeldeten freien Stellen, die Arbeitslosenunterstützung, ferner auf die Tätigkeit der Arbeitsvermittlungsanstalten, die Ueberstundenarbeit, Streiks und Aussperrungen. Diese Angaben sind in Nr. 16—17 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ enthalten, die für 2 K durch alle Buchhandlungen bei der Firma Kurt u. Rohout, Prag 11, Soelavste nam., erhältlich ist.

Gerichtssaal

„Im Interesse der Öffentlichkeit.“

Arbeiter verlieren durch Sensationsmeldungen die Existenz. — Redakteure freigesprochen.

Prag, 23. Mai. Wir haben feinerzeit über diesen bemerkenswerten Presseprozess bereits berichtet. Am 7. März v. J. wurde ein

Anschlag gegen den Reichsberger Schnellzug unweit der Station Satalitz verübt (auf sehr primitiver Weise). Die Bürgerpresse teilte dies — durch „inoffizielle Berichterstattung“ — informiert — die Sensation in die Welt zu schreien. Diese Presse mußte aber auch zu berichten, daß die „Täter“ bereits verhaftet seien. Die Veröffentlichung der Namen der fünf Arbeiter, deren Unschuld zwar sofort zutage kam, von denen aber dessenungeachtet die meisten logisch ihre Stellung verloren und als verächtliche Subjekte natürlich auch keine andere fanden. Die soeben schwer Geschädigten strengten gegen alle Redaktionen, die die „Sensation“ veröffentlicht hatten, die Ehrenbeleidigungsklage an. Die meisten Blätter ließen sich zu einem Vergleich dabei und zahlten den durch journalistische Fixigkeit aus Brot Bekommenen „Entschädigungen“ von 400—500 Kronen. Hierbei kam zutage, daß die Informanten dieser Blätter „den Behörden nahestehen“, so daß die geflügelten Redakteure behaupteten, die Wahrheitlichkeit der Information für sich zu haben. Leider ist bis heute nicht bekannt, wie diese Informanten heißen. Jedenfalls wohnen sie nicht weit von den betreffenden Eisenbahnstationen. Der agrarische „Vestník“ und sein berüchtigter abendlicher Kolleger „Vedec“ weigerten sich jedoch, einen Vergleich zu schließen. Heute ergab vor dem Schöffengericht unter Vorsitz des OGH. Sators ein freisprechendes Urteil gegen die geflügelten Redakteure, da der Wahrscheinlichkeitsbeweis gelungen sei.

Das Gericht erkannte in der Urteilsbegründung den Geflügelten zu, ihre Nachricht habe „im öffentlichen Interesse“ gelegen und „Berührung der Öffentlichkeit“ hervorgeroad. Daß Romantiker durch Pressekritik kritisiert wurden, fällt ja weiter nicht ins Gewicht. Allerdings wurde den beiden Parteien auferlegt, eine Ehrenklärung abzugeben und die Kosten der rechtsfreundlichen Vertretung zu tragen.

In den übrigen Redaktionen der Bürgerpresse aber wird anlässlich dieses Urteils Seiten und Zehnseitigen sein und die Chefs werden nicht lässiglich verfahren mit den leidenschaftlichen Vertretern, die sich zur Zahlung einer Geldbuße an die durch ihre Sensationslust verarmten Familienmitglieder herbeilassen haben.

Dreißig Vaterunser.

Verhängnisvolle religiöse Wahnideen.

Prag, 23. Mai. Diese Sache spielt in einer Waggonskizze der Prager Peripherie und der mehr als eigentümliche Zusammenhalt ist Gegenstand einer Schwaderner Anklage beim hiesigen Kreisgericht. Ein Bewohner dieser Kolonie verließ religiösen Wahnideen, die sich allmählich bemerkbar machten, daß der Frau des Kranken das Leben untragbar wurde. Es begann mit stundenlangen Gebeten des Mannes, die von unzusammenhängenden kirchlichen Lebensarten und esoterischen Ausreden unterbrochen wurden.

Später wurde es ärger. Der Irrsinnige ließ seine Frau dazu an, diese „Andachten“ in seinem Namen zu verrichten. Er legte sich aufs Bett und seine Lebensgefährtin mußte nun Abend für Abend dreißig Vaterunser herunterbeten, wobei er sorgfältig zählte, daß die Zahl der Gebete eingehalten wurde. Schließlich wurde es der Geflügelten zu bunt. Sie veranlaßte ihn begreiflich zu machen, daß sie die Hauswirtschaft doch nicht liegen lassen könne, und hat ihn, es bei zehn Vaterunsern bewenden zu lassen. Der irrationale Mann bestand indessen auf seinen dreißig Gebeten und als die Frau sich eines Tages kategorisch weigerte, nach Abkündigung von zehn Vaterunsern weiterzulesen, begann er zu toben, ergriff ein Messer und wollte seiner Frau damit zu Leibe gehen. Die Polizei schritt ein und der Irrsinnige kam ins Irrenhaus.

Kun aber begann sich in seinem Bruder ein sehr unangebrachtes Mitgefühl zu regen. Ohne Wissen der Gattin des Patienten bemühte er sich um die Entlassung des gefährlichen Kranken aus der Anstalt und unterwarf sich den nachgehenden Reversen, daß er den Kranken auf eigene Gefahr aus der Anstalt nehme. Dieser blieb zunächst bei dem Bruder, wo er indessen allmählich seinem Wahn verfiel und kategorisch keine dreißig Vaterunser pro Abend verlangte. Das war nun auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, und so bewog der Bruder seine Schwägerin, der er zuvor größte Lieblosigkeit und Härte gezeigt vorgeworfen hatte, den Kranken wieder zu sich zu nehmen.

Die Frau gab widerstrebend nach und die Folgen stellten sich prompt ein. Als sie sich wieder einmal gegen diese „Andachten“ wandte, erfolgte ein noch weit ärgerer Tobanfall, in dessen Verlauf der Kranke die brennende Petroleumlampe zu Boden schmetterte, so daß die „Wohnung“ (nämlich der austrangierte Wagon, in dem sie hausten) Feuer fing und ein großer Teil des armliebigen Hausrates vernichtet wurde. Auch diesmal drohte der Irrsinnige seine Frau um Leben und sie entkam nur mit knapper Not dem Kalenden. Er wurde neuerlich interniert.

Die Frau aber strengte gegen ihren Schwager, der ohne ihr Wissen den geneigterhülligen Wahn sinnigen aus der Anstalt geholt und den Redern unterworfen hatte, eine Schadenersatzklage für ihre zerstörten Mobelfstücke an, wobei sie ihren Schaden mit 3000 K bezifferte. Die Verhandlung wurde vertagt.

sch trotz der nächtlichen Stunde über den Marktplatz. Die eingeschlagene Richtung schien einen von uns im Stillen gehegten Verdacht zu bestätigen. Die Kasse am Boden ließ der Hund kreuz und quer, durch diese und jene Straße. Der Eindringler schien sehr vorsichtig gewesen zu sein. Vor einem uns bekannten Hause wollte der Hund nicht weiter. Vom Vorgarten aus steuerte er auf einen separaten Nebeneingang zu. Wir hatten den Täter!

Schon lange war uns ein hier in Untermiete wohnender Stadtschreiber ob seines großmütigen Weizens verdächtig vorgekommen. Da der junge Mensch auch oft nach 8. Uhr, stand er im Verdacht, ein Lebeshund zu sein.

Auf der Wache dekurte er unter Tränen seine Unschuld. Da der Hund ihn aber auch verbeißt hatte, blieb der aus dem Bett heraus Verhaftete in Polizeigewahrsam. Daß sein Fall Stadigerklärung wurde, war verständlich. Sein Alibi bestand in der Angabe, an diesem Abend um 9 Uhr ins Bett gegangen zu sein und bis zur Verhaftung geschlafen zu haben.

Auch vor dem Richter blieb er bei seiner Behauptung. Nicht, aber auch gar nichts wußte er zu seiner Entlassung anzuführen. Der an und für sich unbescholtene Mensch wollte genugsam geleidet und sich nur geistiglich in der Nachbarschaft dafür gut amüsiert haben. Das Versteck des Diebesgutes und seines Einbrecherwerkzeuges gab er nicht an. Unter Freisprechung in den vier vorhergegangenen Fällen erhielt er für den Goldwarengeschäftseinbruch zehn Wochen Gefängnis. Daß er keine Berufung einlegte, ließ auch die letzten Prosifier verstummen.

Was waren wir stolz auf unsern neuen Polizeihund! Sein Bild erschien im Kreisblatt, und für die schnelle Aufklärung der Tat gab's für

uns noch eine Belobigung. Die Einbrüche hörten auf. Der Sensationsfall war nach einem halben Jahre vergessen.

Daß der von dem Handelsmann gekaufte Hund manchmal auf dem Treppflur verlagte, wurde ihm verziehen. Aus allen Wolkeln fielen wir aber, als eines Tages ein Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft in unser Dienstzimmer flatterte.

Zwei Reklams auf einen Schlag deckte es auf.

Ein in D. verhafteter Schlachtergehilfe hatte gestanden, die sämtlichen fünf Einbrüche in unserm Revier begangen zu haben. Und der in der Landesstrafanstalt gewesene Stadtschreiber hatte den Handelsmann ausfindig gemacht, von dem wir den Hund hatten. Der Verkäufer hatte dabei angegeben, der Hund könne gar nichts, sondern tue stets nur das, was er absponiere. Tatsächlich hatten wir einen Hund, der aus der Feinensführung, aus nur geringfügig erkennbaren Absichten seines Führers heraus immer so „arbeitete“, wie sein Herr es wohl wünschen mochte. Der Hund war so gerissen, daß er hervorragende Hundekunne bereinigte. Die Fachpresse hat damals den Fall totgeschwiegen. Er klang zu grotesk, und — er war zu trostlich.

Obwohl der irtümlich Verhaftete und Verurteilte, so gut es ging, gerechtfertigt wurde, kam er doch nicht in seinen Wirkungsbereich zurück. Die abgeschlossene Gefängnisstrafe lastete so schwer auf ihm, daß er wenige Wochen nach der vollständigen Aufklärung dieses hollers seinem Leben selbst ein Ende machte.

Mit ihm hard durch einen Hängschuß unter schonet und doch so gefährlicher Diemhund... Max D u l f e.

